

Die Volksstimme
erscheint täglich abends mit Aus-
nahme der Sonn- und
Festtage.
Verantwortlicher Redakteur
(mit Ausnahme der Beilage
Neue Welt):
Friedr. Bahle, Magdeburg.
Verlag von B. Harbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiebehofstr. 5/6.
Druck von J. Arnoldt,
Magdeburg.

Volksstimme

Pränumerando zahlbar
Abonnementpreis:
Bierteljähr. inkl. Fracht
2 M. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den
Abbestellern 2 M., monatl. 70 Pf.
Bei den Bestellern 2 M. 50 Pf.
incl. Bestellgeld.
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonderausgaben 10 Pf.
Belegblätter Nr. 7242.
Anschlußgebühr 15 Pf.
Fernsprech-Anschluß
Nr. 1567, Amt I.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungs-Beilagen: Die Neue Welt (acht Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote, Die Frauenpost.

Nr. 27.

Magdeburg, Montag, den 1. Februar 1897.

8. Jahrgang.

Jeder organisierte Arbeiter und jede organisierte Arbeiterin

besuche die heute Abend in Friedrichsplatz tagende **Gewerkschaftsversammlung**. Die Tagesordnung ist wichtig. Um recht pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Mit zwei Drittel Mehrheit

Lehnten die Hafnarbeiter in Hamburg die Aufnahme der Arbeit am Montag früh ab — die Streikenden wollen lieber Not und Entbehrung noch weiter erdulden, als sich dem Unternehmertum bedingungslos unterwerfen. Bei der Abstimmung ausschlaggebend waren die Schauerleute und Werkführer, die nahezu einstimmig gegen die Wiederaufnahme der Arbeit stimmten.

Willig fügt sich die Minderheit dem Mehrheitsbeschluss — keinerlei Abfall; die Streikenden stehen noch genau so fest als zu Beginn des Streiks. Ein muster-gültiges Verhalten.

Wie unsere Freunde aus dem Artikel Hafnarbeiter — Metallarbeiter in letzter Nummer gesehen haben, handelt es sich in Hamburg nicht nur um die Niederzwingung der Arbeiter, sondern um eine planmäßige Unterdrückung der von den Metallarbeitern angestrebten Bewegung. Dies geht zur Evidenz hervor aus einem zweiten der Frankfurter Zeitung zugestellten Schreiben. Die wesentlichen Stellen hieraus seien im folgenden wiedergegeben:

Bekanntlich fehlt zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit nichts, als das ausdrückliche Versprechen der Arbeitgeber, daß der Friedens-schluss nicht zu nachträglichen Maßregelungen mißbraucht werde. Nur sind solche nachträglichen Maßregelungen keineswegs eine in Deutschland allgemein verbreitete Sitte. Die Hamburger Arbeiter, und insbesondere die führenden Persönlichkeiten unter ihnen, gelten nicht als Menschen, von denen man ohne weiteres ein derartiges unehliches Vorgehen erwarten könnte. Man nimmt im Gegenteil an, daß bei ihnen jene Bedingung auf keinen ernstlichen Widerstand stößt. Wenn es trotzdem zum Frieden nicht kommt, so ist das damit begründet, daß hier andere treibende Kräfte wirksam sind. Abgesehen von vereinzelten Maßregelungen, die ab und zu in jeder Industrie vorkommen, hat in Deutschland das Prinzip, die Arbeiter für energisches Gebrauchs des Koalitions-rechts mit wirtschaftlichen Mitteln zu bestrafen, nur ein wirkliches Centrum: die Metallindustrie. Die „Schwarzen Hirschen“ des Berliner Kommerzienrats Kühnemann sind unter den Arbeitern der Metallindustrie ganz Deutschlands sprichwörtlich geworden. Die Metallindustrie hat aber ihre Spitze keineswegs in Berlin. In ihrer wirtschaftspolitischen Organisation hängt sie auf das engste mit der Berg- und Hütten-Industrie in Rheinland-Westfalen zusammen, und hier ist der spiritus rector aller gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter gerichteten Bestrebungen der Freiberger h. Stumm, der Beherrscher von Reinfelden. Der Plan, den Riesen-Ausstand von Hamburg recht in die Länge zu ziehen, damit an den 115 000 Mark, welche die deutsche Arbeiterschaft hierfür wöchentlich aufzubringen hat, sich die Gewerkschaften aller Branchen verblühen mögen, konnte hier desto energischer gepflegt werden, da für diese Gegend eine Verfeinerung im Hamburger Hafen nicht entfernt die Bedeutung hat, wie für das übrige Deutschland. Die dortigen Exporthäfen, speziell auch für das Saarrevier, sind in erster Linie unterworfen und Amster-dam. Der Hamburger Arbeitgeberverband, wo der Schiffswerk-steller Blohm die erste Violine spielt, hat dann die Sache als Klammangelegenheit in die Hand genommen, wodurch sie den eigentlichen Interessenten, die ein Interesse an möglichst baldiger, vernünftiger Beendigung des Streiks gehabt hätten, aus den Händen genommen wurde. Dies erklärt die Politik der Verzögerung, welche den Verhandlungen in Hamburg ihr charakter-istisches Gepräge giebt. Es liegt nun klar zu Tage, daß ab-ermals die Richtung gesiegt hat, der die sofortige Beendigung des Streiks unangenehm wäre. Denn wer Verhandlungen führt in der Hoffnung, zu einem Friedensschluss zu gelangen, der läßt nicht Tage lang auf Antwort warten, und hält gar einen Beschluss, die Antwort zu verweigern, geheim. Bei allen Arbeitsstreitigkeiten, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, ist es noch nie vorgekommen, daß ein Teil die Verhandlungen derartig hinge-zerrt hat, wie der Arbeitgeberverband von Hamburg-Altona.

Die Bedeutung des Ausstandes in Hamburg für die ge-samte Arbeiterschaft wird von dieser Vollauf gewürdigt werden und deren Opfermut von neuem erwachen. Dem Blödesten sind jetzt die Augen darüber geöffnet, wer die politische Macht in Händen hat, über die Arbeits- und Wohnbedingungen der großen Volksmassen mit souveräner Machtachtung aller Kulturverhältnisse bestimmen kann. Die politische Macht in den Händen der Hamburger Hafens-kapitalisten hat zweige gebracht den größtmöglichen Schutz der Streikbrecher durch die Behörden, die größte Freiheit für den Nachrichtendienst, die Versamm-lungen, Radensschaften und Geldsammlungen der Unter-nehmer, auf der anderen Seite die namenlosen Er-schwerungen des Nachrichtendienstes, des Verkehrs und des Kampfes der Streikenden und ihrer Freunde. Namenlose Verhinderung ist die Frucht des Ausstandes — wer diese Frucht pflückt, darüber werden die nächsten Wahlen Auf-schluss geben.

Politische und volkswirtschaftliche Heberpflicht.

Die Stimme der Angst löst aus dem Hirten-briefe, den der Generalsuperintendent Dr. Kuperti in Kiel jüngst veröffentlichte. In Bezug auf Holstein heißt es: Mit großer Sorge sehe ich auf die sozialistische Strömung hin, die in unserer Zeit auch in die Kreise der Geistlichkeit geht, besonders der jüngeren unter ihnen.

Gewiß, wir lutherischen Pastoren sind alle Sozialisten. In seinem Anle ist dem Pastor ja alle Not Leibes und der Seele, die er sieht, auf sein Gewissen gebunden. Er ist der geborene Freund und Berater, Helfer und Tröster in seiner Gemeinde. Aber das ist dem modernen Sozial-isten nicht genug. Die Pastoren wollen große Politik treiben, für neue Ordnung der Steuern, des Wahl-rechts usw. agitieren, Partei für einen besonderen Stand ergreifen. Meine Brüder, ich sehe in diesem Treiben eine große Gefahr für unsere Kirche! Uns Pastoren fehlt für solche sozialistische Agitation die Zeit, die Kraft, das Recht.“ — Welche Bescheidenheit über Macht! Sonst können ja die protestantischen Pastoren so ziemlich alles, mehr noch fast als die Juristen. Jetzt auf einmal haben sie nicht die Zeit, die Kraft, das Recht sich mit einer Sache zu beschäftigen, die die ganze Welt bewegt.

Eine Schuhmacherversammlung in Berlin protestierte energisch gegen den Beschluss der städtischen Behörden, 100 000 Mark für die Feier des 100-jährigen Geburtstages Kaiser Wilhelm I. auszugeben. Sie billigt vollständig das Verhalten der sozialdemokratischen Vertreter im roten Hause und fordert den Waaikrat auf, wenn er Geld übrig hat, dasselbe lieber zu Wohlfahrts-einrichtungen und zur Unterstüzung von Arbeitslosen zu verwenden.

Hirsch's Telegraphen-Bureau meldet: Anlässlich der am 22. März bevorstehenden Centenarfeier für Wilhelm I. erwartet man eine Amnestie. Die Gnadenklasse vom 18. Januar 1896 sind noch in frischer Erinnerung.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Sattler-gehilfe Richard Bastian, der wegen Bettelns in Oberfinn in Bayern arretiert wurde, vom Würzburger Landgericht zu 6 Monaten Gefängnis und 6 Wochen Haft verurteilt. Er hatte auf den Prinzregenten von Bayern und auf den preussischen König geschimpft.

Wieder ist ein Zeugniszwangsverfahren im Gange gegen das in Kolmar erscheinende Blatt Die elsaß-loth-ringische Volkspartei. Im Oktober vorigen Jahres brachte das Blatt eine kurze Lokalnachrichte über ein Renkontre zwischen Zivilisten und Dragoner-Untersoffizieren, welches für letztere nicht gerade rühmlich endete. Das Kommando des Kur-märkischen 14. Dragonerregiments erlaubte den Redakteur Walter darauf, ihm die beteiligten Zivilisten namhaft zu machen. Herr Walter lehnte eine Angabe an. Das Re-gimentskommando übergab die Sache dem Staatsanwalt, dieser leitete eine Untersuchung ein, der Redakteur wurde vernommen und verweigerte sein Zeugnis. Der Staats-anwalt Dissenbach ließ die Angelegenheit nunmehr eine Zeit lang auf sich beruhen und setzte dann seine Be-wandlungen um Entdeckung der Zivilisten auf eine seltsame Art fort. Er lud vor den Untersuchungsrichter einen Rechtsanwalt und zwei Ärzte, von denen er annahm, daß sie in nahen Beziehungen zu dem Zeitungs-Unter-nehmen stehen; er ließ vor den Untersuchungsrichter laden den Buchhalter, den Expedienten, das gesamte Sekre-terialpersonal, das Maschinenpersonal incl. des Lehrjungen, das Bedienung- und Austrägerpersonal, im ganzen einige 20 Personen. Wer von ihnen etwas wußte, verweigerte das Zeugnis. Sie erhielten vom Untersuchungsrichter Bedenkzeit und eine neue Vorladung auf Montag, den 1. Februar. — Es handelt sich (so bemerkt das Blatt mit Recht) um einen Akt staatsanwaltlichen Vorgehens, welcher mit vollem Recht Aufsehen erregt, um eine Auf-hebung juristischer Machtmittel gegen die Presse, welche zu der Bedeutung des intrinmierten Falles in gar keinem Verhältnis steht.

In den Geschäftsräumen von Auer u. Co. in Ham-burg wurde am Freitag eine Hausdurchsuchung nach dem Manuskript eines Artikels vorgenommen, der sich mit den Geschäftsunternehmungen des Königs der Belgier be-schäftigt. Gegen den früheren verantwortlichen Redakteur des Echo, Stenzel, der gegenwärtig 2 Monate Gefängnis verbüßt, ist auf Grund des § 103 des Str.-G.-B. ein Verfahren wegen Beleidigung des Königs der Belgier eingeleitet worden. Unseres Wissens ist dies der erste Fall einer Anklage auf Grund des § 103 Str.-G.-B. Der Paragraf lautet bekanntlich:

Wer sich gegen den Landesherren oder den Regenten eines nicht zum Deutschen Reich gehörigen Staats einer Beleidigung schuldig macht, wird mit Gefängnis von einer Woche bis zu zwei Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft, sofern in diesem Sinne dem Deutschen Reich die Gegenwärtigkeit beibehalten ist. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag der aus-wärtigen Regierung ein. Die Zulassung des Antrages ist zulässig.

Der König der Belgier muß zu den in Majestäts-beleidigungs-Prozessen freilich sehr bewährten deutschen Gerichten ein weit größeres Vertrauen haben als zu den

Gerichten, die in seinem Namen Recht sprechen. In Belgien ist der König alltäglich Gegenstand der ärgsten Angriffe, ohne daß er es wagt, Prozesse anzuklagen. Jedenfalls ist der Prozeß, der dem Hamburger Echo be-vorsteht, einer der interessantesten, der der viel verfolgten sozialistischen Presse seit langem geblüht hat.

Die Einfuhr Deutschlands im Dezember 1896 betrug 2 982 740 Tonnen gegen 2 792 506 Tonnen im Dezember 1895, die Ausfuhr 2 271 921 Tonnen gegen 2 260 087 Tonnen. Für das ganze Jahr 1896 betragen die Einfuhrwerte 45 734 480 000 Mark gegen 42 461 110 000 Mark im Vorjahre, die Ausfuhrwerte 36 316 290 000 Mark gegen 34 240 760 000 Mark im Vorjahre.

Griechenland.
In Athen geht es wieder einmal drunter und drüber. Die Studentenunruhen, über die wir bereits kurz berichtet haben, haben sich inzwischen zu einem kleinen Krieg ent-wickelt. Die Universität, in der sich 800 Studenten befinden, welche sich weigern, das Gebäude zu verlassen, ist von einem Militärkordon umgeben. In der Umgebung der Universität herrscht große Erregung, die außerhalb der Universität befindlichen Studenten bereiten eine Kund-gebung vor. Bei einem Zusammenstoße mit der Polizei wurden drei Personen verwundet.

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

* Ein Kongreß der Maler, Lackierer und An-streicher Deutschlands ist am 26. v. M. zusammengetreten. Die bisherigen Verhandlungen ergaben sehr trostlose Organisationsverhältnisse im Malerberufe. Anlässlich der vergangenen ungünstigen Lohnbewegung ist die Zahl der Organisierten im Vorjahre abermals zurückgegangen. Der Bericht der Organisationsleitung ist stark angegriffen worden, weil er die Verhältnisse in der Branche auf Kosten der Wahrheit als günstig bezeichne. Aus diesen Gründen wurde auch von der Aufnahme einer Berufsstatistik als zwecklos abgeraten. Das Resultat des Kongresses wird voraussichtlich eine spätere Bildung von Lokalorganisationen sein, da der jetzt bestehende Centralvorstand seiner Auf-gabe nicht gewachsen erscheint. — Der Kongreß der Steinarbeiter Deutschlands ist soeben beendet worden. Es wurde u. a. beschlossen, eine möglichst umfangreiche und eingehende Berufsstatistik zur Einführung zu bringen. Zu diesem Zwecke wurde ein eigener besoldeter Beamter gewählt, welcher jedes Jahr einmal das Resultat der Statistik, die sich insbesondere auf die Sterblichkeit, die Arbeitslosigkeit und durchschnittliche Arbeitsdauer bezieht, bekannt zu geben hat.

Organisationsbestrebungen der Metall-arbeiter.

Der Aufschwung der deutschen Großindustrie ist eine Thatfache, die uns aus allen Verwaltungsberichten, aus allen Berichten in Aktionärenversammlungen, aus allen Unternehmerblättern entgegentritt. Der Aufschwung der deutschen Industrie wird uns auch von dem Auslande bescheinigt. Die englische Regierung hatte bekanntlich eine Kommission nach dem Festlande gesandt zum Zwecke des Studiums der technischen Ausbildung in Deutschland und der ganzen deutschen Industrie. Dieser Lage ist nun in London der Bericht jener Kommission erschienen, und in demselben finden wir mehrere interessante Stellen. Der Bericht hebt als charakteristisch für die Entwicklung der deutschen Industrie u. a. den Aufschwung hervor, den die Badische Chmin- und Sodafabrik, das Sauerische Stahlwerk in Nürnberg und die bekannten Mitterhagen-Farbendruckwerke seit den achtziger Jahren genommen haben. Die Erzeugnisse der letztgenannten Fabrik hätten sich sogar in London und Newyork einen Markt erworbt. Ebenso habe sich die deutsche Weberei zu einem gefäh-rlichen Konkurrenten der englischen Fabrikanten entwickelt. Die Webstühle, die Deutschland früher ausschließlich in England kaufen mußte, fabriziert es jetzt selbst. Die erste Vorbedingung für eine erfolgreiche Bekämpfung der deutschen Konkurrenz sei für England die technische Aus-bildung durch Aufzucht der Fortschritte der Wissen-schaft zu ergänzen.

So wird also hier der Aufschwung der deutschen Industrie durch die ausländische Konkurrenz bezeugt. Unter den deutschen Industrien ist es nun zumal die Eisenindustrie, die den Unternehmern bedeutende Profite gebracht hat. Die Ausdehnung der Produktion in den anderen Betrieben hat die Aufstellung neuer und ver-besselter Maschinen notwendig gemacht, die Stablissem-ent sind ausgebeutet, die Arbeiterzahl ist vergrößert worden, von dem allen hat die Eisenindustrie den Vorteil gehabt, daß man braucht nur einen Blick in die Fachpresse zu werfen und man wird dies sofort bemerken.

In dem Bestreben, die Profite, welche die höhere dem Prospekt bringt, einzubehalten, wurden die Unternehmern bisher nur gehemmt durch die Forderungen der Arbeiter

der Eisenindustrie, die ebenfalls teilnehmen wollen an dem erhöhten Gewinn durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und Verkürzung der Arbeitszeit. Auch die englische Kommission hat dies bei ihrem Besuche in Deutschland beobachtet. Sie zählt unter den verschiedenartigsten Umständen für die deutsche Industrie auf, die deutsche Industrie werde jetzt durch die gesteigerten Forderungen der Arbeiter gehemmt.

Was das „Gewinn“ anbelangt, so ist dies allerdings eine falsche Schlussfolgerung. Zunächst einmal sind die „gestiegenen Forderungen“ der Arbeiter mehr als gerechtfertigt, und es ist wohl unrichtig, zu behaupten, dass eine gerechtfertigte Forderung hemmend wirken könnte. Dann aber wirkt die Forderung nach höheren Löhnen und besseren Lebensbedingungen an sich schon nicht hemmend, sie befördert vielmehr das Anwachsen der Kaufkraft der Volksmassen und damit zugleich die wiederkehrenden Aufschwünge der Produktion selbst und befördert den wirtschaftlichen Aufschwung. Die Eisenindustriellen scheinen sich aber beunruhigt zu fühlen durch die Forderungen der Arbeiter und so sehen wir seit einiger Zeit das Bestreben, die Metallindustriellen eng aneinander zu schließen, sie starr zu organisieren um den Arbeiterorganisationen der Metallindustrie stark gegenüber zu stehen. In wie weit die Berliner Metallarbeiter dem Unternehmertum Paroli bieten wollen, ist unlängst in unserem Organ, die Volksstimme erörtert worden. Angespornt durch die Kohnkämpfe der Gegenwart und das Vorgehen der Kühnemanns herrscht auch in Magdeburg und Umgebung eine lebhafte Bewegung. Die Zeit der Interesslosigkeit an der Organisation ist vorüber und der Ruf: Arbeiter vereinigt Euch! verhallt nicht mehr ungehört. Möge dieser gute Geist die Arbeitermassen nicht vorübergehend befeuern, sondern dauernd von ihnen Besitz nehmen. Und möge er nachwirken auf die Arbeiterchaft aller Branchen, aller Gewerke, damit die gewerkschaftliche Organisation sich hebe und die gesamte Arbeiterchaft unter ihrer Fahne vereinige. Mit festem Mute vorwärts, Kollegen — schmieiden wir das Eisen so lange es heiß ist!

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 30. Januar 1897.

Das Gehalt des Postsekretärs ist endlich bewilligt. Zuvor kam es noch zu äußerst interessanten Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der Linken und der Reichspostverwaltung. Der Volkspartei-Führer richtete die rigorose Telegrammensteuer und das rigorose Vorgehen der Postverwaltung den Telegraphenabonnenten gegenüber. Redner verlangte Ermäßigung der Telegraphengebühr. Unser Genosse Singer kam noch einmal auf die Behandlung der Postunterbeamten zu sprechen und richtete das Verhalten des Unterstaatssekretärs Fischer, der sich geweigert, Auskunft zu erteilen über das am Sonnabend vom Redner erworbene vertrauliche Merkmal, das den Postbeamten die Beteiligung an Versammlungen und Unterzeichnung von Petitionen verbietet. Gegen die Postfreiheiten der regierenden Fürsten und deren Familien wendeten sich die Abgeordneten Dr. Schneider und Hebel. Ein hierauf bezugnehmender Antrag wurde jedoch gegen die Stimmen der Linken abgelehnt; nur die Sozialdemokraten und Freisinnigen stimmten dafür. Dienstag und Donnerstag findet keine Sitzung statt. Mittwoch erste Beratung der Grundbuchnovelle und der Konversionsvorlage.

165. Sitzung vom 30. Januar, 1 Uhr. Die zweite Beratung des Postgesetzes wird beim Titel „Gehalt des Postsekretärs“ fortgesetzt. Abg. Hummel (Cent.) wünscht die Sonntagsruhe in den hochverehrten Landen auf die gebotenen katholischen Feiertage für die Postbeamten ausgedehnt zu werden. Staatssekretär v. Stephan: Die Postverwaltung kann hierzu nicht allein vorgehen. Sie muß im Einverständnis mit der Eisenbahnverwaltung handeln und sich mit der Centralstelle beider Verwaltungen in Verbindung setzen. Abg. Förster (Deutsch-Freiw.): Die Einführung der Dienstreisekosten bringt viele Fragen mit sich.

Abg. Fischer (Frei-Partei) wendet sich gegen die rigorose Telegrammensteuer. Das Wort „Kampf“ bis auf Messer zu beanstanden, ist doch unüberheblich. Wie oft wird dieser Ausdruck in Volksversammlungen gebraucht, und wie oft ist er schon hier im Reichstag gefallen! Unsere Wünsche in betreff Ermäßigung der Telegraphengebühren werden ja auch leider wieder unberücksichtigt bleiben. Obwohl wir im vorigen Jahre darauf bezügliche Petitionen der Verwaltung zur Berücksichtigung empfohlen, hat die Postverwaltung sie einfach in den Papierkorb geworfen. Redner wendet sich unter Anführung einzelner Fälle gegen das rigorose fiskalische Vorgehen der Postverwaltung, die den Telefonabonnenten verbietet, ihr Telefon auch von anderen Leuten benutzen zu lassen.

Abg. Singer (Soz.) tadelt die rigorose Telegrammensteuer, sowie die Handhabung und Befestigung des Telegraphengebrauchs auf den wirtschaftlichen Besitz des Apparates. Redner beklagt auch, daß die Post die ihr gesetzlich obliegende Verpflichtung, die Unfallrenten vorzuschußweise zu zahlen, nicht in einer dem Sinne des Gesetzes sprechenden Weise erfüllt. Geheimrat Sydow giebt zu, daß in letzterem Falle die Post in neuester Zeit infolge strenger Verfahren, als sie sich wegen der zunehmenden Arbeitslast stärker an den Standpunkt halte, den sie für den gesetzlichen halten müsse. Fiskalische Gesichtspunkte seien hierbei niemals in Betracht gekommen; im Gegenteil habe sich die Post bemüht, die Arbeiter so wenig wie möglich warten zu lassen. Abg. Singer (Soz.): Nach der gestrigen Erklärung des Unterstaatssekretärs glaubt sich die Postverwaltung jeder Verantwortung entziehen zu können, wenn sie Erlasse als vertraulich bezeichnet. In außerordentlichen Staaten würde ein Minister, der dem Parlament solche Antworte giebt, sofort entlassen werden. Wenn die Mehrheit des Parlaments solchen Empfindungen gegenüber unzugänglich ist, so werden Sie sich über den Ausfall der nächsten Wahlen nicht wundern dürfen. Redner kommt sodann auf einen Antrag des Postdirektions-Schülers in Oberhausen zu sprechen. Darin werden bezüglich der Patentstrücker Ausdrücke gebraucht, wie „Sammelr“, „Stück Rindvieh“, „Kobelt“. Es ist notwendig, daß seitens der obersten Postverwaltung den Beamten direkt verboten wird, ihre Untergebenen wie Sklaven zu behandeln. Solche Ausdrücke sind vielleicht bei Unteroffizieren üblich, nicht aber bei hohen Beamten, die auf ihre Untergebenen sittlich erziehend wirken sollen. Geheimrat Witte verspricht Untersuchung des letzteren Falles.

Abg. Siebermann von Sonnenberg (Antif.) bringt Klagen über die Postförderung in Drucklagen vor. Aus dem Stundenplane eines Berliner Postamtes gehe hervor, daß dort Beamte nur an jedem neunten Sonntage vollständig frei hätten. Direktor im Reichspostamt, Frisch, will nach Einsicht des demographischen Berichtes des Bundes eine Untersuchung der einzelnen Beschwerden eintreten lassen. Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Siebermann v. Sonnenberg und des Referenten Dr. Paasche wird der Titel: „Staatssekretär“ angenommen, ebenso eine Resolution betreffend die Sonntagsruhe im Patentverkehr, ferner ohne wesentliche Debatte eine Reihe weiterer Titel.

Zu Titel 18: Bureau-Regierungsbeamten 2. Klasse, bemerkt Müller-Sagan (Frei-Partei), daß die Bureaubeamten 2. Klasse im Gegensatz zu anderen Kategorien bei den Beförderungserhöhungen scharf berücksichtigt worden sind. Abg. Paasche (Antif.) bemerkt, daß die sonstigen Petitionen wegen der Beförderungserhöhungen von der Budgetkommission zurückgestellt worden seien, bis die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus beendet sind.

Abg. Singer (Soz.) beantragt, seine Anträge bezüglich der Gehaltsaufhebung der Budgetkommission zu überweisen. Dem schließt sich Abg. Müller-Sagan (Frei-Partei) an bezüglich seiner Anträge. Diese Anträge werden angenommen. Beim Titel „Telegraphenabonnenten“ sagt Abg. Hammaner (nall.) die Frage an, ob die Kommunen ohne weiteres die Anlage von Telegraphen- und Telefonleitungen über Straßen und Häuser zu gestatten hätten. Redner bringt ferner die Störung der Telefonanlagen durch die elektrischen Straßenbahnen zur Sprache.

Staatssekretär v. Stephan teilt mit, daß bis jetzt noch immer eine günstige Stimmung in letzterem Falle erzielt worden sei. Ueber das Recht der Kommunen werde Anfang Februar des weiteren gegenseitig verhandelt werden. Er könne jetzt darüber keine Auskunft geben, denn ad hoc sub iudice lit est. Auf eine Anregung des Abg. Müller (Soz.) bemerkt Redner, daß das Telefon eines Kleinrentners sich nicht zur öffentlichen Fernsprechanlage ausbilden dürfe. Beim Titel „Laggebe“ teilt Abg. Förster den zu großen Anproben in diesen Sinne.

Die zurückliegenden Ausgaben werden bewilligt. Ohne eine eingehende Debatte werden ebenso die obenstehenden einmaligen Ausgaben angenommen, doch werden bei der ersten Rate für das Postgrundstück am Sternplatz in Hamburg von 339 620 Mark 15 000 Mark gestrichen. Ferner wird die Erwerbung eines Postgrundstücks in Ostern abgelehnt. Die Petitionen um Ermäßigung der Fernspreckgebühren werden der Regierung auf Antrag Hammaners zur Ermüdung überwiesen.

In den Erträgen des Reichspostamtes Dr. Schneider (Frei-Partei) einen Antrag, wonach die den regierenden Fürsten, deren Gemahlinnen und Witwen zustehende Stipendien von den Postgebühren auf deren Personen bestrichen werden soll. Diese Postfreiheit erlaube sich zur Zeit nur die Kaiser- und Königinverwaltungen und ähnliche.

Unterstaatssekretär im Reichspostamt Fischer bemerkt, es handle sich um ein historisch überkommenes Ehrenrecht, das bei Abtretung des Postrechts an das Reich aufrecht erhalten wurde. Das Gesetz habe hier nur vertragmäßige Verhandlungen funktioniert. Wir haben die betreffenden Stellen immer bereit gefunden, etwaige Mißbräuche abzustellen. Ich bitte daher um Ablehnung des Antrags „Schneid“.

Abg. Hebel (Soz.) bemerkt, daß er schon im Jahre 1869 sich gegen dieses Privilegium ausgesprochen habe. Damals konnte man allerdings nicht wissen, zu welchen Mißbräuchen dieses Privilegium führen würde. Eine fürstliche Meierei hat sogar Patete bis zu fünf Kilo auf Grund dieses Privilegiums portofrei besördern lassen. Hier kann man mit vollem Rechte von grobem Unfug sprechen. Den Reichstagsabgeordneten hat man die allgemeinen Freikarten auf den Eisenbahnen genommen, weil angeblich damit Mißbrauch getrieben wurde, aber ein größerer Mißbrauch als mit dieser Portofreiheit ist überhaupt noch nie getrieben. Man spricht von historischen Rechten, die respektiert werden müßten, aber einzelne Fürsten hat man ohne Respekt vor den historischen Rechten abgelehnt und sogar ihre Länder genommen, dies halte ich von meinem Standpunkte aus nun nicht für Unrecht und bebaure nur, daß dies nicht gründlicher geschehen ist. (Geister!) Es liegt in der menschlichen Natur, daß solche Privilegien zu Mißbräuchen führen. Meine Freunde werden für den Antrag Schneider stimmen.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Schneider (Frei-Partei) wird der Antrag abgelehnt. Damit ist der Postetat erledigt. Es folgt die Beratung des Etats der Reichsdruckerei, der ohne Debatte genehmigt wird. Nächste Sitzung Mittwoch. Erste Beratung der Grundbuch-Novelle: erste Beratung der Konversionsvorlage. Schluß 3 1/2 Uhr.

Zum Postetat. Die sozialdemokratische Fraktion hat den folgenden Antrag gestellt: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen veranlassen zu wollen, daß in dem nächstjährigen Gesetzentwurf für den Reichshaushalts-Etat:

- a) im Kap. 3 Tit. 25 des Etats der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung das Gehalt für sämtliche zu diesem Titel gehörenden Post-Unterbeamten auf 900—1500 Mark festgesetzt,
b) das Höchstgehalt der Landbriefträger (Kap. 2 Tit. 26) auf 1000 Mark erhöht werde, sowie ferner dafür Sorge zu tragen, daß
c) den nach dem 1. April 1895 aus der Landbriefträger-Klasse in Postbeschaffung (Titel 25) übergetretenen Unterbeamten die etatsmäßige Landbriefträgerzeit als Diätariat angerechnet, und
d) den nach dem 1. April 1895 bei der Reichspost-Verwaltung in feste Anstellung gelangenden Unterbeamten, die Privat-Postillons-, Arbeiter- und Militärdienstzeit bei Festsetzung des Befoldungsdienstalters angerechnet werde.

Ein Wort an die Elbarbeiter!

Ein Gelehrter im alten Rom warnte einst die Bürger der antiken Republik, ihren Sklaven Gelegenheit zu geben, sich in größerer Anzahl zu sehen, da sie sonst leicht in die Lage kommen könnten, sich zu zählen. Einer ähnlichen Ansicht schenken einige Weisze an der Elbe zu sein, indem sie ein Zusammenkommen der Elbarbeiter unter der Form der Organisation nach Kräften zu verhindern suchen. Jeden Abend werden die organisierten Elbarbeiter und ihre Bestrebungen vor das hochweise Gericht dieses Geistesleuchten und Charakterathleten gezogen, um von ihrem Donner- spruch zerschmettert zu werden, welcher Akt von ihren würdigen Schildknappen mit Verfall begrüßt wird.

und mit diesen Reuten in eine Polemik einzulassen, halten wir unter unserer Würde; sie haben nämlich die Art, den Gegner zu bekämpfen, einem gewissen Hausstuck abgelautet, und aus Rücksicht auf unsere Geruchsnerven verzichten wir auf die Ehre. Uns genügt es, sie zu kennen; und wir danken ihnen, daß sie ihr liebliches Ange-sicht so wenig verhüllen.

Nun bleibt es aber erfreulicherweise eine ganze Anzahl von Elbarbeitern, die jener Kategorie nicht zugezählt werden dürfen; dies sind die Unentschiedenen, Indifferenten, die in tiefer, geistiger Betargie versunken sind; und ihnen soll diese Feder ein Weckhorn sein: Ja, Ihr Vätern, habt Ihr denn wirklich nicht die Kraft, Euch aufzurichten und mit Euren Arbeitsbrüdern in Reich und Glied zu marschieren? Habt Ihr denn nie den Drang in Euch verspürt, über die Grenzen des rein Sinnlichen hinaus Euch einmal in höheren geistigen Sphären zu bewegen? Freilich, dem profitwütigen Unternehmertum gefallt Ihr so, wie Ihr seid; dieselbe hat das größte Interesse

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Tagewort aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts von E. Schradler.

Hätte Dierher einen anderen als Räuber genannt — riefen die Ratspersonen — dann wäre ein Stein von Glaubwürdigkeit vorhanden; aber gerade dieses Verdacht von Bibel zu nennen, dieses alten modernen Stempel, der so lange der Stadt treu geblieben, der sich in der letzten Zeit nur, gewisser Ausprüche wegen, mit der Reichspost verunreinigt hat! Und diese Ausprüche, sind sie nicht geschehen? Dieser Span — ist er nicht in Minne beigelegt worden? Hat nicht vor drei Tagen erst Bedtams Friede mit uns gemacht, fonder Gefährde, in Aera mit Glauben, und in Gegenwart der verehrlichsten Zeugen, der ritterlichen Herren vom heiligen Orden? von Wägen also der ganze Bericht: der Span ist entweder selbst gestrichelt worden, oder im Begriffe und zu künftigen, und die Frage ohne Grund!

Dennoch wir des Wunders Wahrscheinlichkeit würde jedoch ein ein Gutes vergewissern, da der jüngste Bürgermeister mit einem Gelehrten von Bonn und Wägen in die Befragung trat, den Wort vom Span auf seinen Feder. „Soll verdammte doch alle Betrüger und Wägen-Sünder!“ begann er heilig, wie man es an ihn gewohnt war bei wichtigeren Fällen: „Berühmt doch, Ihr lieben Herren und Freunde, welche Art unser ganz Wägen und Wort zum Spanen End zu bringen hat.“ Der Wort ergabte also nach vorhergegangenem Auf-forderung, daß schon seit manchem Jahre der Wägenmeister Hans Schwan, gemächlich, seines Betrügerdes und seiner Wägen hat, der Spane aber ins Gedächtnis gerückt, und zu Dierher des weiseren Hanses Wägen Art in Wägen stand, auf sein Wägen und Wägen ins Wägen hat in der Wägen zum Spanen gefügt. Und was als ein christlicher Gelehrte und ganz von demselben gelehrt sei. Ein solches sei

ebenfalls vor drei Tagen gelehrt, an dem Tage selbst, da Bedtams von Bibel und des Ates Freunde und Abgeordnete im Demajhrerhause ihren Frieden gemacht. Nun habe aber er, der Wort zum Spanen, heute Morgen durch einen Landmann vom Wägenhof einen Zettel erhalten, den er rasiger Rasch den Wägen zum Bestellen übergeben, eine Zettel, von dem Spanen selbst ge-leitet, worinnen er berichtet, der Herr von Bibel habe ihn am bewogenen Sahstage, im Hausen begriffen, von der Straße aufgezogen, nach Wägenheim geschleppt, und ihn gezwungen, diesen Brief zu schreiben, damit der Wort zum Spanen zwei-hundert Mark Silber als Lösegeld für den Gejangenenen nach Wägenheim trage. Er, der Wort, begehrt nun zwar nicht, das Verlangte zu thun, sondern ihm lang geworden um sein Geld und seinen eigenen Leib; er habe jedoch nicht verschlen wollen, den erzwungenen Herren joldes zu berichten, damit sie in ihrer Wägen des Rätige befrägen möchten, ob vielleicht der christliche Wägenmeister aus seiner Angst erlöset werden könnte.

Diese Erzählung, unterzählt durch den vorgeziesenen Zettel, wurde den Wägen der ganzen Versammlung, und Dierher Ausgabe fand nun unbedingten Glauben. Der Wägenhof und Dierher Freunde, die so sehr auf Bedtams Wohlwille geschätzt hatten, traten nun auf die Seite der jüngeren, die seinen Ausruch schätzten, und vollständige Rache für den auf dem Schick der Stadt verübten Tödel forderten, und für den höchsten Rätis, den der alte Wägenmeister am Tage selbst der Friedensstiftung in seinem Wägen begangen. Die Haupt war der Wort des Wägenmeisters und seiner Bedtams in der Wägen nicht nur nicht, indem man die der freien Stadt widerfahrere Bedtamsung sich ins Auge faßt, und eine Strafe zu tun, die uns jedem Kunde die Befragung der Wägenen Gerechtigkeit und des fremden Gelehrte forderte. Aber als die Wägen dazu zur Sprache kamen, da waren wieder die Jüngeren wieder gewonnen. Die Wägenen nicht zu einem Wägen, wie er im Jahre 1488 gegen Wägen, das Schick des Hans von Wägen, des Wägenmeisters,

ders, Rattgehabt hatte. Die Vorsichtigeren verwarfen die offene Gewalt, die alle Genossen des Räubers gegen die von Streibern ziemlich entblökte Stadt anhegen würde und sprachen von List und besonnener Klugheit. Die Feigen schlugen vor, die Hilfe eines benachbarten Fürsten an-zunehmen; ein Vorschlag, der den Vaterlandsfreunden, welche jede fremde Einmischung in die Händel der Stadt haßten, vollkommen widerlich war, aber demungeachtet einen Streit entspann, welcher die Beratung der Versammelten in eine wilde Gährung verwan-delte, aus welcher sich Dierher, um mit seinem Gram und mit seinen Einwürfen allein zu sein, rettete. Aber auch dieses Alleinstein, dieser Strom von Gedanken, den er einsam an sich vorbeirauften ließ, fähete sein Herz nicht zur Ruhe, und er suchte sein Haus auf, um dort Zerstreuung in der Gesellschaft seines Bruders, seines Knaben zu finden. Wie vom Blitze gerührt stand er jedoch da, als ihm sein Anecht Etel be-rückte, Dagobert sei angelangt, als Volkbrecht, der Racht des Jungheeren, ihm den Reverenz machend, vorüberging, und Dagobert selbst im auf der Stirge entgegenkam.

Des Vaters Bewirung war grenzenlos, und Schreck und Beschämung laichten seine Lute ein, daß er das Geländer der Stirge verlassen mußte, um nicht zurückzufallen. Dagobert erlah diese plöbliche Schwäche und reichte ihm schnell die helfende Hand, an welcher er den Vater zu jenem Schlafgemach geleitete. Schwer atmend ließ sich der Schiffe in den Sorgenstuhl nieder und erst, nachdem er einige Zeit lang den Blick auf den Boden, alsdann auf das unbefrindliche Antlitz des gegenüber sitzenden Sohnes gefestigt hatte, wagte er die Anrede: „Da hier, Dagobert? Und Wägen?“

„Mein Bewissen war vergeblich,“ entgegnete der Sohn bedauernd, „ebenso leicht hätte ich den großen Kaiser Karl finden mögen, der seit sechs-hundert Jahren im Brannen der Best zu Rätisberg sitzen soll. Dafür — hab ich vernommen — habt Ihr selbst gelegener Kunde erhalten, was ich Euch und mir von Herzen Glück wünsche, Herr Vater.“ (Fortsetzung folgt.)

darin, Euch geistig auf ein ganz tiefes Niveau zu halten; in ihrem Interesse ringen, orthodoxe Pfaffen sowohl, wie Kathederpriester und literarische Zuhälter aller Richtungen um die Palme in der Volksverdrummung.

Im Anschluß an die Organisation ist Euch die Mühseligkeit, Euren geistigen Horizont zu erweitern; denn dieselbe hat es sich (laut Status) zur Aufgabe gemacht, neben Hebung der wirtschaftlichen Lage, gegenseitig belehrend aufeinander einzuwirken durch Wort und Schrift, durch Versammlungen und Volksbibliotheken. Ist es nicht schon ein hoher Lohn, das Bewußtsein, mitarbeiten zu können an dem großen Werke der Menschheitsbefreiung; müssen wir nicht das Geschick preisen, daß es uns vergönnt ist, einen Stein einzufügen zu dürfen in den herrlichen Gesellschaftsbau, dessen Vollendung freilich erst kommenden Generationen vorbehalten ist. Jene klugen Männer, die das Fundament legten, ruhen längst im Schoße der Mutter Erde; aber ihr Geist lebt fort in ihrem Werke und erfüllt uns mit Bewunderung. Und wir sollten die Hände müßig in den Schoß legen zu unsern Nachkommen Fluch? Ja, der Dichter hat recht, wenn er sagt:

Was uns not ist, uns zum Hellwärts gegründet von den Vätern; Wer, das ist unser Teil, Daß wir gründen für die Spätern.

Ja, arbeiten, kämpfen wir! Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren, nein, mit des Wortes blankem Schwerdt wollen wir die Welt bezwingen, diese Welt der Lüge und Gemeinheit! Vor der blendenden Helle der Wahrheit wird sie zergehen wie die Nacht vor der Sonne.

Wer im blinden fanatischen Haß gegen Eure Bestrebungen wühlt und gekert, zu dem reden wir nicht; der verdient kein besseres Los als sein gegenwärtiges, ihm rufen wir die Worte Bürgers zu:

Wer nicht für Freiheit kämpfen kann, Der ist der Kette wert; Ihn peitsche Pfaff und Edelmann Um seinen eignen Herd.

Aus den Gerichtssälen.

Zwei Bahren vor Gericht. Der Prozeß Witte-Südler wurde am Freitag in der Berufungsinstanz vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin verhandelt. Die Parteien waren persönlich zur Stelle, ihnen zur Seite standen Rechtsanwalt Abgeordneter Benzmann für Witte und Rechtsanwalt Kaeffel I und Rechtsanwalt Abgeordneter Vielhaben für Südler. Unter den vorgeladenen Zeugen befand sich der aus dem Zuchthause vorgeführte Freiherr v. Hammerstein, die aus dem Gefängnisse vorgeführten Journalisten v. Bülow und Becker, Konfistorialrat Leonhardt, Redakteur Oberwinder, von Gerlach, Dr. Straß, Schneider Grüneberg und Frau, Frau Harrer Witte u. a. Der gleichfalls als Zeuge vorgeladene ehemalige Vorsitzende in dem Prozesse Südler-Wäcker, Landgerichtsdirektor a. D. Käty, teilt mit, daß sein Gedächtnis so gelitten habe, daß es ihm nicht möglich sei, sich auf die Vorgänge aus dem Jahre 1885 zu erinnern. Wie bekannt, wurde Südler in der ersten Instanz am 12. November v. J. vom Schöffengericht wegen verleumdender Beleidigung zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt, Pfarrer Witte dagegen auf die Widerklage freigesprochen. Den springenden Punkt in der Streitsache bildet bekanntlich der angebliche Brief Südlers an den Schneider Grüneberg, worin der letztere aufgefordert wird, den Pfarrer Witte in öffentlicher Versammlung anzugreifen. Von Südler wird die Existenz eines solchen Briefes bestritten. Außerdem sind von Südler im Volk Artikel gegen Witte geschrieben, worin dieser auf das empfindlichste beleidigt wurde. Das Urteil lautet: Es sei dem Gericht nicht gelungen, in allen Punkten die Wahrheit festzustellen. Besonders in dem wesentlichen Punkte nicht, ob der Beklagte Südler den Brief geschrieben hat, oder nicht. Manche Momente deuten ja auf die Existenz eines solchen Briefes hin, ein Beweis sei aber nicht erbracht. Da sei zunächst die Zeugin Frau Witte, die sicher die Wahrheit gesagt habe, aber möglicherweise doch das Opfer einer Täuschung geworden sein könne. Aus diesem Grunde konnte das Gericht sich der Feststellung des ersten Richters, daß ein solcher Brief bestanden habe, nicht anschließen. Ebensovienig, daß Südler wider besseres Wissen gehandelt habe. Aber der § 185 müsse in Betreff des Artikels im Volk insofern gegen den Beklagten zur Anwendung kommen, als derselbe als "Gehilfe" anzusehen sei. In Betreff des Artikels in der Evangelischen Kirchenzeitung sei der Beklagte als Täter anzusehen und der Schutz des § 193 des Str.-G.-B. könne ihm nicht zugestanden werden, denn Südler habe kein berechtigtes Interesse gehabt, so gegen Witte vorzugehen, wie er es gethan. Auch sei aus den Umständen die Absicht der Beleidigung zu erkennen. Was die Strafe anbelangt, so habe das Gericht wegen des Artikels auf 200, wegen des zweiten auf 300 Mark (im Nichtzahlungsfalle insgesammt 50 Tage Gefängnis) erkannt. In Betreff der Widerklage liege im ersten Falle Verjährung vor, im zweiten Falle (Strafklage Schneider Grüneberg oder der gefälschte Brief) sei Freisprechung erfolgt, da keine Beleidigung gegen Südler enthalten sei.

Schließung der jüdischen Kirche. Das Reichsgericht verwarf heute die Revision des Redakteurs Karl Sebalczel, der am 20. Oktober v. J. vom Landgericht II Berlin wegen Beleidigung der jüdischen Kirche und Gotteslästerung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Landgericht Magdeburg.

Stellenvermittlung. Der Agent Wilhelm Genthe hier, geboren 1853, hatte unter der Bezeichnung "Landwirtschaftliches Bureau für die Provinz Sachsen" Stephanstraße 12, I, ein Stellenvermittlungsgeschäft eröffnet, das er später verkaufte, während er selbst als Gehilfe darin tätig blieb. Auf Grund einer Zeitungsaussage arbeitete sich ein Arbeiter aus Hundsburg, der eine Stelle als Aufseher in der hiesigen Umgegend suchte. Genthe wechselte Briefe mit ihm, warin er versprach, ihn in Vorschlag zu bringen. Am 2. März 1896 unterzeichnete sie persönlich

und Genthe verpflichtete sich gegen Zahlung eines Honorars von 15 Mark, er werde sich so lange bemühen, bis der Arbeiter Stellung erhalten habe. Dieser wartete jedoch vergeblich und erhielt von seinem Gelde nichts wieder. Genthe hatte sich deshalb wegen Betrugs im wiederholten Rückfalle zu verantworten, wandte aber ein, er habe die 15 Mark nicht in Empfang genommen, und der Arbeiter habe ungenügende Atteste vorgelegt, wodurch die Beschaffung einer Aufseherstelle erschwert worden sei. Rückzahlung des Geldes sei auch nach Inhalt des unterzeichneten Reverses ausgeschlossen gewesen. Die Verurteilung einer bestimmten Stelle habe er nicht ausgeschrieben. Das Beweisergebnis stellte die Korrespondenz fälscher Thatsachen seitens des Angeklagten nicht fest, weshalb Freisprechung erfolgte.

Zechprellerei. Der schon öfter bestrafte Arbeiter Karl Fickewitz zu Salze a. S. saß dort am 8. November 1896 bei einem Gastwirt ein und gab den dort spielenden Musikanten 30 Glas Bier zum Besten. Als er die dafür schuldig gewordenen 3 Mark bezahlen sollte, verschwand er heimlich, deckte den Betrag aber am nächsten Sonnabend. Der wegen Betrugs Angeklagte behauptete, er habe eine Zechprellerei nicht beabsichtigt, aber nicht zahlen können, weil ihm sein Geld abhandeln gekommen sei. Dieser Einwand wurde durch die Beweisaufnahme nicht bestätigt, Fickewitz vielmehr schuldig befunden und zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Gewerbegericht Magdeburg.

Der Schuhmachermeister K. verlangt von dem Schuhmachermeister Mohr 9 Mark Restlohn für die drei Fellestage Weihnachten und Neujahr; ferner 36 Mark für zwei Wochen, weil er ohne Kündigung entlassen ist. Kläger wird mit seiner Lohnforderung abgewiesen, weil er dem Beklagten Leder entwendet hatte. Bezüglich des ersten Punktes vergleichen sich die Parteien auf 450 Mark, die Beklagter zu zahlen hat. Der Eisendreher E. verlangt von der Firma Langenstepen 675 Mark Restlohn. Da Kläger inmitten seines Aktords aufgehört hat, wird er abgewiesen. Der Stallmeister K. ist von dem Kaufmann Ulbricht als Stallmeister engagiert, aber nicht eingestellt. Kläger verlangt für vierzehn Tage 55 Mark Gehalt, zu welcher Zahlung Beklagter verurteilt wird.

Vermischtes.

Die Zeitungsfabrik. Eine Musterredaktion verspricht die schon erwähnte Kommanditgesellschaft Hachfeld, Schmitz und Ko. in Berlin für ihre neue Normalzeitung. Sie soll alle politischen Fragen unter Berücksichtigung der verschiedensten Parteienansichten streng objektiv und unparteiisch behandeln!!! Dabei soll das Zeitungsunternehmen so absolut unabhängig sein, wie nicht einmal die - freisinnige Zeitung. Gekümmert um die Prinzipien erhoben - nichts als eine konsequente Weiterbildung kapitalistischer Profitarbeiten.

Ständesgemäß. Vom Bräufewitz schreibt der Badische Landesbote, daß derselbe am Dienstag vormittag in Begleitung zweier Herren, von denen der eine ein Hauptmann ist, in einer Droschke von Karlsruhe aus auf dem Bahnhof in Durlach eintraf. Dort bestiegen die Herren ein Coupé erster Klasse in dem um 10 Uhr 10 Minuten von Durlach abgehenden Schnellzug. Das Ziel der Reise ist nicht bekannt. Wohl absichtlich wurde das Gepäck des Herrn v. Bräufewitz nur bis nach Freiburg aufgegeben, von wo es nach dem eigentlichen Bestimmungsorte befördert werden wird. Sozialdemokratische Redakteure, die ein Brechvergehen abbüßen müssen, werden, wie Verbrecher gewöhnlich, transportiert; v. Bräufewitz, der nur einen Zivilisten umgebracht hat, reist im Coupé erster Klasse.

Tages-Chronik.

Magdeburg, den 29. Januar 1897. Der Streit in Hamburg liegt in den letzten Zügen verhandelt die hiesige Presse. Diese Mitteilung ist unrichtig. Wie unsere Freunde aus den Nachrichten aus Hamburg erfahren, ist der Kampfesmut der Streitenden bedeutend gestärkt worden; auch haben gegen die Abstimmung der Weichnahmen bedeutend mehr Hafenarbeiter gegen die Wiederaufnahme der Arbeit gestimmt. Der Streit liegt also nicht in den letzten Zügen, sondern wird mit aller Energie fortgesetzt werden. Die Proletarier erziehen die Schwere des Kampfes und die Ziele der Unternehmer; sie werden zu handeln wissen!

Quittung.

Zur Unterstützung der Hafenarbeiter und deren Familien gingen ein: Vom Stadttheater 1,00. - Von den Frauen der Volkstimme 2,00. - G. S. 5 0,50. - Volksanwalt 10,00. - Zwei Waisfrauen und ein Hausdiener 1,00. - M. G. B. Klein-Ottersleben 2. Rate, 6,50. - Aus der Druckerei P. 3,10. - Streitenberger bei Rathhies 1,65. - Von Nitolans bei Rathhies 1,30. - Kleine Schneeschipper 0,40. - Heinrich u. Karl 3,00. - Allen D. Arnoldt 0,50. - Dider August 0,50. - Rathhies 0,10. - Zwei Schwäger, Leipzigerstraße, 2,00. - Frau, Penndorferweg, 1,00. - Keller zur Räte 1,70. - F. R., Fernerleben, 0,50. - Stat bei S. F. Döberstein, 0,40. - Von den organisierten Steinmetzen der demagogisch-reformierten Kirche 5,00. - Gemäldeher Stat bei Günther 0,40. - Tabakarbeiter Magdeburg, 6. Rate, 15,00. - Vier Statpieler Umfassungstraße 38 1,00. - S. B. in Diesdorf 0,50. - Müller auf dem Hofe 1,00. - Ein überaus junger Tanz 0,40. - Ungenannt 0,50. - Nordhäuser IV 1,20. - Central-Verband der Maurer, Zahlstelle Diesdorf, vom Bergweg. 1. Rate, 45,00. - Von den blauen Genossen im G.-U., 8. Rate 4,05. - Gefangenen-Gesellschaft (Magdeburg), für nicht bezahltes Bier in Wilhelmshöhe 4,50. - D. P. S. F., Sudenburg, 1,00. - Schraubendreher Glauer u. Co., 6,00. - Ein Tischler, Alexanderstraße 12, 0,50. - Redaktion, Expedition und Druckerei der Volkstimme 11,15. - Von zwei organisierten Steinmetzen, Mag. Döberl, 1,00. - S. St., Neuplatz 1,00. - Von den armen Schneeschippem des Central-Bahnhofes Magdeburg 8,50. - S. St. 0,50. - S. F., nichtorganisiert, 0,50. - Von drei Zimmerern im G. 1,50. - E. R. 1,00. - Aufgehörter Theater-Verein Hoffnung, Alte Neuplatz, 4,50. - Rahme Probe bei Bethge 2,05. - Vier Bumschöpfe bei Meyer 0,60. - Geburtstag Kolonnenführerstraße 21 1,50. - Jungens halt fast 1,25. - Von der gemäßigten Frau aus Köthen 1,50. - Rest einer Eidgenossin 0,97. - Arbeiter der Firma Hausler 3,00. - Kleiner Vobas 4,25. - Unbekannt 0,50. - Licht- und Wasserwerke 0,90. - Organisierte Köpfer 10,00.

Zur Unterstützung der Hafenarbeiter und deren Familien gingen ein: A. 1,70. - 672 Sp. 10,00. - Kleben gesell. Säme bei Hebe 2,50. - Feuerrote Hochzeit 5,50. - B. S. 0,50. - A. B. 0,50. - S. F. 0,50. - A. G. 0,50. - F. B. 0,75. - G. R. 1,00. - H. R. Sühler 5 1,00. - Kleiner Restaurateur, Kasperbergstr. 5 2,00. - Note Hochzeit, Budau 3,01. - Einz. der nicht bezerrten mit 0,50. - L. F. 0,25. - S. G. 0,20. - 649 D. 23,45. - Erste Stimmte des Reichstages Wanzleben 10,00. - Budauer Zeitungs-

träger 2,80. - Organisierte Holzarbeiter, Budau 10,00. - 635. - Nr. 387-24,90. - 605 Werkzeug-Werkstatt 5. P. 32,00. - 807 Sudenburger Frauen 26,15. - Nr. 614 16,00. - 28,40. - 617 Bieheret R. 8. 8. Rate 28,70. - Nr. 450 8,00. - 541 Köpfe's-Bude, Leipzigerstraße 9,00. - Nr. 602 16,90. - 603 Schmiede, Kesselschmiede und Arbeiter von Garret Smith, Stadtdamm, 3. Rate 31,50. - Rest von Nr. 104 0,50. - Süßfrucht 2,00. - D. C. W. 1,50. - Kobawerke, 7. Rate 15,05. - Genüßliches Beisammensein, Reifentel 0,90. - 5 lustige Brüder, Bühlstraße 2,50. - Die kleine von D. S., Wilhelmshöhe 895 8,55. - Emma, Sudenburg 0,50. - Nr. 10, 60,75. - 609 24,30. (Carant) Kränzen vom (Keller) 10,00. - Ein Personal einer großen Druckerei (581) 25,55. - Albert Vater, Beckenaustrasse

Eine Gewerkschaftsverammlung tagt heute abend im Gesellschaftshause Friedrichstraße. Wenn schon eine öffentliche Versammlung Stellung genommen hat zu dem städtischen Arbeitsnachweis, so soll dem Drängen einzelner Personen Nachdruck gegeben und die Angelegenheit nochmals zur Diskussion gebracht werden. Wohlthätig liegt es mit dem Parteil der Gewerkschaften Magdeburgs. Es ist wünschenswert, daß die Versammlung rechtzeitig beginnt, damit die Tagesordnung vor 11 Uhr erledigt werden kann.

Das Arbeiterfest. Es ist der Magdeburgischen Zeitung noch nicht eingezelnen, der Augenwelt mitzuteilen, daß die Volkstimme beschlagnahm ist wegen Nachdruck eines der Magdeburgischen Zeitung entnommenen Gedichtes. Ja, wenn Reindel seines Amtes gewaltet hätte. Charakteristisch für die hiesigen Preßverhältnisse ist, daß auch die übrige Presse die Beschlagnahme des sozialdemokratischen Blattes unterdrückt. Traurige Zustände.

Die Anarchisten beabsichtigen gegen die spanischen Greuel zu demonstrieren. Wir haben hierüber kurz berichtet. Immerhin empfehlen wir unseren Genossen und Genossinnen den Besuch dieser Versammlung. Wir setzen voraus, daß der Referent sich ausschließlich mit den Vorgängen in Spanien beschäftigen und sich aller Angriffe gegen die Sozialdemokraten enthalten wird. Nicht etwa, daß wir einer Diskussion über den Anarchismus ausweichen wollen; wir meinen, wenn wir Proletarier gegen die Brutalitäten in Spanien protestieren sollen, darf dieser Protest nicht abgeschwächt werden durch ein vorheriges Bekämpfen beider Anschauungen.

Unfall. Der Arbeiter Julius W. ist in einer Seifenfabrik ausgerenkt; es entstand bei dem Fall eine Bänderzerrung und ein Buterguß am Kniegelenk, wodurch seine Aufnahme in der allstädtischen Krankenanstalt nötig wurde.

Burg. (Vom Gewerbegericht.) Dem Tischler Paul M., welcher das Arbeitsverhältnis beim Tischlermeister Emil Gräfe in Burg gekündigt hatte, wurden von demselben beim Abgange wegen angeblich mangelhafter Ausführung seiner letzten Arbeit 10 Mark einbehalten. Um zu seinem Rechte zu gelangen, verklagte M. seinen Meister beim Gewerbegericht, und da Einigungsversuche an der Hartnäckigkeit des Herrn Gräfe scheiterten, wurde letzterer kostenpflichtig zur Zahlung obiger Summe verurteilt. Um nun nach seiner Ansicht die Sache etwas auszugleichen, veraplichtete er dem M. auf dem Korridor einen Stoß ins Gesicht. Jedenfalls nicht gerade gentlemanlich von einem Tischlerfabrikanten. Vermutlich hat die Sache noch ein gerichtliches Nachspiel.

Berlin. (Selbstmord.) Aus Furcht vor Strafe wegen einer geringfügigen Unentschuldigung stürzte sich Donnerstag abend der in einer Wäschanstalt an der Stralauer Brücke Beschäftigte 16jährige Kaufmännische Hermann M. aus dem Fenster im zweiten Stock auf den Hof hinab und fand auf der Stelle den Tod.

Berlin. (Falschmünzer verhaftet.) Zwei Brüder Namens Berger wurden in dem benachbarten Schöneberg als Falschmünzer verhaftet. In ihrer Wohnung wurde vollständiges Falschmünzermaterial, sowie eine Anzahl falscher Zweimarkstücke gefunden.

Görlitz. (Die fidele Satristei.) Eine regelrechte Kneiperei hat der 63jährige Wegner Steinert in Görlitz in der Satristei mit dem Abendmaßwein veranstaltet. Und damit bei dem Wein auch das Weib nicht fehle, nahm er sich eine Prostituierte mit in die Satristei. Das Bärchen wurde übertraf und Steinert verhaftet.

Leipzig. (Ein Kind erstickt.) Ein graufiges Ereignis spielte sich am Donnerstag vormittag in der Wohnung des Maschinenarbeiters Brüder in der Partonstraße zu Lindenau ab. Frau Grüber hatte auf kurze Zeit ihre beiden Kinder im Alter von 2 1/2 Jahren und 1/2 Jahr allein in der Wohnung zurückgelassen, um ihrer kranken Schwester einen Besuch abzustatten. Als die Mutter zurückkehrte, fand ein mit Holzspänen gefüllter Korb, der sich vor dem Ofen befunden hatte, in hellen Flammen und die Stube war von dichtem Qualm erfüllt. Von den Kindern war das jüngere bereits erstickt, während das ältere beußlos auf dem Fußboden lag. Noch jetzt schwebt das ältere Kind in Lebensgefahr. Es wird angenommen, daß aus dem Ofen gesprungene Funken den Holzkorb in Brand gesetzt haben.

Südwest. (Liebesdrama.) In einem hiesigen Hotel verkehrte der angeblich aus Düsseldorf stammende Gardeoffizier Stagemann die Schauspielerin Ann Felling durch einen Revolverstoß tödlich, worauf sich Stagemann selbst erschoss. Das Motiv zur That ist Eifersucht.

Cap Finisterre. (Schiffbruch.) Bei dem Schiffbruch des französischen Schiffes "Jeune Alexandre" bei Cap Finisterre ertranken 5 Personen.

Monte Carlo. (Opfer der Spielwelt.) Infolge der Aufregung des Spielens sprang eine etwa 40jährige Dame auf das Geleise, als der Pariser Blitzzug einfuhr. Die Unglückliche wurde buchstäblich gebiertelt.

Wien. (Merlet aus der guten Gesellschaft.) Ein unblütiges Duell hat nach dem Berliner Tageblatt vor einigen Tagen in Wien zwischen einem Oberleutnant und dem Prinzen Philipp von Coburg, dem älteren Bruder des Fürsten Ferdinand von Bulgarien, stattgefunden. Prinz Philipp ist verheiratet mit der Schwester der Kronprinzessin-Witwe Stephanie, Prinzessin Luise von Belgien, Tochter des Königs der Belgier. Gleichzeitig wird dem Blatt aus Paris gemeldet, eine belgische Prinzessin, die dem österreichischen Kaiserhaus durch Verwandtschaft nahe stehe und sehr unglücklich verheiratet sei, habe sich vor einiger Zeit in Paris in Begleitung eines jungen Offiziers aufgehängt.

Verene, Versammlungen, Vergnügungen etc.

(Anmeldungen wüsten bis 11 Uhr vormittags in unseren Händen sein.) Am Dienstag den 19. d. M. fand die Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Bau- und Erdarbeiter und verw. Berufsgenossen Deutschlands im Locale des Herrn Grothum statt. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung wurden 12 Mitglieder ausgeworren. Darauf trat die Versammlung in eine Erörterung über Frage ein, wie die Kollegen sich zu den Arbeitswilligen stellen, die nach Hamburg gereist waren, aber zurückgekehrt sind. Die betreffenden waren geladen und erschienen. Sie entschuldigten ihre Handlung und beteuerten dieselbe unter dem Einfluß, aus der Kategorie der Arbeitswilligen auszuschneiden und treue Kameradschaft halten zu wollen. Die Versammlung ließ Gnade für Recht ergehen und nahm die Abtrünnigen wieder auf, ihnen eine scharfe Rüge erteilend. In nächster Versammlung soll noch ein demütigter Streitfall erledigt werden. Unter Berücksichtigung wurde der Antrag gestellt, sämtliche Markenbestand bei der Vierteljahres-Abrechnung durch die Kolporteur einzuziehen, damit eine bessere Uebersicht des Markenbestandes erzielt wird. Dann wurde einem Kollegen auf Bau Thimann eine Rüge erteilt betreffs seiner Handlungsweise, daselbst geschah mit einem Kollegen, der auf Bauten der Bauhand arbeitet. Es wurde beschloffen, sämtliche Mißstände auf Bauten in die Öffentlichkeit zu bringen.

Dienstag den 26. Januar tagte in Müllers Lokal eine Mitglieder-Versammlung des Centralverbandes der Maurer (Jüdische Magdeburg), in welcher der Kollege Boigt einen Vortrag über die Solidarität der Arbeiter hielt. Kollege Boigt sagte: Unser Organisation am Orte ist nach außen gut ausgebaut, aber nach innen bleibt noch viel zu wünschen übrig. Man kann nur das Wort Solidarität betrefss Einführung unseres Solidaritätsbewegens, so wird man finden, daß noch bedeutende Mängel vorherrichen. Außerdem die Kollegen sich der Mehrzahl nach mit dem Lohnbattis einverstanden erklärt haben, fehlt es oft an energischem

Vorgehen der Kollegen. Redner wies auf einige Bauten hin, wo von einem soliden Handel unter den Kollegen keine Rede ist.

Tischler Fritz Drechsler, in der Gruppe der Bekleidungsindustrie: Schuhmacher Max Raschke, der Gruppe der Lederindustrie: Weißgerber August Jante.

Wehrpflicht. Die Disziplin. Volk und Militär während eines Staatsstreiks. Die Organisation des passiven Widerstandes.

Freie Gemeinde Eudenburg. Der Kinderunterricht am Dienstag, den 2. Februar, fällt aus.

Neueste Nachrichten. Hamburg. Ergebnis der Abstimmung: 72 Prozent aller abgegebenen Stimmen lauteten gegen und 28 Prozent für die Wiederannahme der Arbeit.

Quittung. Für die ausgesperrten Schuhmacher in Weiskensfeld und deren Familien gingen ein: G. H. 0,25. Von den blauen Genossen im G. H. 2,00.

Gewerbevereinstwahl in Burg. Am 2. Februar in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags findet die Wahl von 3 Arbeitervereinstämmlern zum Gewerbevereinst statt.

Literatur. Wohin führt die politische Maßregelung der Sozialdemokratie? Von Partus. Dresden. Verlag der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Briefkasten. W. W. Wir können aus preßgesetzlichen Gründen Ihren Versammlungsbericht nicht in der gewünschten Form veröffentlichen.

Wochenberichte. Magdeburg. Marktpreise: Erbsen, gelbe, zum Kochen, 14,00 bis 19,00 M.; Speisebohnen, weiße, 13,00-38,00 M.

Der Kampf der Fabrikarbeiter und Seelente wird nicht nur für diese gekämpft, sein Ausgang ist von ungeheurer Tragweite für die gesamte Arbeiterschaft.

Jetzt ist es Zeit dauerhafte sächsische Filzschuhe zu Spottpreisen zu kaufen wegen Räumung dieses Artikels.

Total-Verkauf!!! Die aus der Thiemer'schen Konfektmanufaktur herrührenden Warenstücke, bestehend aus Kinderwagen u. Korbwaren aller Art.

Stellen-Angebote. Unentgeltlicher Arbeits-Nachweis der Gewerkschaften Magdeburgs.

Stadt-Theater. Dienstag, den 2. Februar. Opern-Mittel-Preise. Tristan und Isolde.

Eudenburg, den 29. Januar 1897. Aufgebote: Schmied Friedrich Wilhelm Karl Max Steinicke mit Auguste Frehe hier.

Euchtige Schlosser auf Kunstschmiedearbeiten und Eisenkonstruktionen suchen lohnende und dauernde Beschäftigung bei Herrmann Fritzsche.

Cirkus-Theater. Fernsprecher Amt I, Nr. 690. Täglich 8 Uhr: Spezialitäten-Vorstellung.

Am 30. Januar. Aufgebote: Bäcker Friedrich Christ Wilhelm Franke mit Anna Auguste Alma Voigt hier.

Schuhwaren billig! billig! billig! Herbes, Damens- und Kinderschuh.

Lüders Kattjalon, Ritterstraße 1. Stadthalle Bettstelle mit Matratze, parier. Sofa, marm. Tisch.

Freie Gemeinde Eudenburg. Der Kinder-Unterricht am Dienstag, den 2. Februar, fällt aus.

Clara Antonie. Kapellm-Soubrette. Sebaldus Schäffer. Reichensbachs lebende Photographien.

Buckau, den 29. Januar 1897. Geburten: Arthur, S. des Hilfsbreiters Max Donnerbach.

Holzschuhe Dreifachler, à Paar 3.50. C. Hoppe.

Es giebt absolut kein angenehmeres Damenschuh, als ein Reibschuh-Damenschuh.

Südenjettel der Magdeburg. Volksküche. 2 Tage lange Fastenpredigt.

Standesamt. Magdeburg, 30. Januar 1897. Aufgebote: Köppler Walter Säger.

Am 30. Januar. Heiratungen: Eisenendreher Paul Hugo Porzich mit Hermine Pauline Anna Niemann hier.

Manchester-Sammet. G. Gehse. Johannesfabrik. 14.

Krantheiten. Visser, Regier. Fick Lechnungs-Schreiber.

Südenjettel der Sozialdemokratischen Partei. Dienstag: Arbeiter-Unterstützung.

Standesamt. Magdeburg, 30. Januar 1897. Aufgebote: Köppler Walter Säger.

Am 30. Januar. Heiratungen: Eisenendreher Paul Hugo Porzich mit Hermine Pauline Anna Niemann hier.

Ein tüchtiger Cigarrenmacher. A. Müller.

Ein tüchtiger Cigarrenmacher. A. Müller.

Wilhelm-Theater. Dienstag, den 2. Februar. Eine tolle Nacht.

Standesamt. Magdeburg, 30. Januar 1897. Aufgebote: Köppler Walter Säger.

Am 30. Januar. Heiratungen: Eisenendreher Paul Hugo Porzich mit Hermine Pauline Anna Niemann hier.